

Rede der Gruppe ARA auf der „reclaim and remember“-Demo am 16.11.13 in Mölln

Liebe Familie Arslan, liebe Familie Yilmaz,

das, was hier vor 21 Jahren geschehen ist, was euch angetan wurde, hat immer eine wichtige Rolle gespielt in meinem und unserem Kampf gegen Nazis und Rassismus. Begegnet sind wir uns aber erst im letzten Jahr, als wir Faruk und den Freundeskreis zu uns nach Bremen eingeladen hatten. Ich will euch sagen, dass ich sehr froh über diese Begegnung bin und euch danken, dass wir eingeladen wurden, hier heute zu reden.

Wir wurden gebeten, etwas zu den unsäglichen Ereignissen zu sagen, die wir gerade in Hellersdorf, Schneeberg, Greiz, aber auch bei uns in Bremen erlebt haben und erleben. Nämlich dass sich Menschen, die sich sonst eher wenig für die Ereignisse außerhalb ihres Jägerzauns interessieren, zu Hunderten auf Ortsbeiratssitzungen und Bürgerversammlungen laufen, um gegen geplante Unterkünfte für Geflüchtete zu protestieren. Das will ich hiermit versuchen:

An vielen Orten der BRD protestieren seit mehr als einem Jahr Menschen gegen die unwürdigen Lebensbedingungen, in die sie in diesem Land gezwungen werden. Sie besetzen Plätze, sie organisieren Protestmärsche, sie treten in den Hungerstreik. Es sind Menschen, die aus ganz unterschiedlichen Gründen in die EU gekommen sind und die hier dann den Status »Flüchtling« bekommen. »Flüchtling« sein, das heißt: von vielen Freiheiten ausgeschlossen sein. »Flüchtlinge« dürfen nicht wählen, wo sie wohnen und mit wem sie wohnen, sie dürfen nicht frei entscheiden, wohin sie gehen. »Flüchtlinge« werden verwaltet, kontrolliert, sehr oft kaserniert. Aus ihren Herkunftsländern sind sie vor Krieg, Verfolgung, Vergewaltigung und Armut geflohen.

In Europa finden sie nicht Schutz, sondern Sammelunterbringung, Arbeitsverbot, eingeschränkte Bewegungsfreiheit und die ständige Drohung mit Abschiebung.

Während EU-Bürger_innen mit ihrem Pass problemlos in fast jedes Land der Welt reisen können, riskieren andere ihr Leben für die gleiche Strecke. Und die EU gibt Milliarden aus, um diese Reisen unmöglich zu machen. Zehntausende starben und sterben wegen dieser Politik der Abschottung an den europäischen Außengrenzen.

Das ist staatlicher Rassismus.

Staatlicher Rassismus bietet jenen Teilen der Gesellschaft eine Bühne, die rassistisch sprechen und rassistisch handeln wollen. Ihre Parolen sind austauschbar. Immer geht es darum, dass die Geflüchteten als Bedrohung angesehen werden – für den eigenen Vorgarten, das eigene Auto, den Wert des Grundstücks oder den Sportplatz des Stadtteils. Und immer geht es darum, dass die Geflüchteten nicht hier sein sollen, sie sollen weg – am besten sollten sie gar nicht existieren. Rassisten, wie sie z.B. im August auf der Beiratssitzung in Bremen-Vegesack aufgetreten sind, wollen die Kriege in der Welt nicht sehen und nicht die Not, die Menschen dazu bringt, sich auf die Suche nach einem besseren Leben zu machen. Rassisten, die sich gerade wieder an so vielen Orten zu Bürgerinitiativen zusammenfinden, wissen ganz genau, dass sie auf der privilegierten Sonnenseite leben und sie sind bereit, diesen Platz mit allen Mitteln ihrer Macht zu verteidigen.

Wieso glauben sie eigentlich, diese Privilegien verdient zu haben? Und dies noch dazu vor dem Hintergrund einer unfassbaren historischen Ungerechtigkeit!? Denn dieses Land ist nach 1945 zu einem der reichsten Staaten der Welt gemacht worden – und dies unmittelbar, nachdem es sich des

furchtbarsten Verbrechens, der organisierten Ermordung von Millionen Menschen, schuldig gemacht hatte.

Als die Elbe und die Oder in diesem Sommer über die Ufer getreten sind, sind die Leute ins Auto gesprungen und haben in Dresden und in Deggendorf Sandsäcke geschleppt. Zweistellige Millionensummen wurden gesammelt – ein Teil davon sicherlich auch in Vegesack, in Hellersdorf, in Schneeberg. Denn wenn in den deutschen NPD-Hochburgen die Elbe aus dem Klo sprudelt, ja, dann ist Solidarität erste Bürgerpflicht.

Wer sich auf den langen und gefährlichen Weg nach Europa macht, hat in jedem Fall andere Sorgen als einen überschwemmten Keller. Doch diese Sorgen interessieren offensichtlich viele der Anwohnerinnen und Anwohner in Vegesack, in Hellersdorf, in Greiz, in Schneeberg, nicht. Interessiert sind sie nur an ihren eigenen Unterstellungen.

Über die Menschen, die nach Europa kommen, wissen sie überhaupt nichts.

Fluchtgründe gibt es so viele wie Menschen, die sich auf den Weg machen. Jeder Mensch auf der Flucht hat eine eigene, ganz besondere Geschichte. Zuhören wäre da vielleicht angebracht. Und staunen.

Was diese Anwohner_innen zu wissen behaupten, gründet sich einzig und allein auf ihre Ablehnung. Es sind ihre eigenen rassistischen Bilder und Phantasien. Und es sind die immer gleichen.

Wir kennen sie zur Genüge und wir haben sie hundertfach gehört und gesehen, z.B. in den hassverzerrten Gesichtern der Deutschen, die in den 1990er Jahren die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda beklatscht haben.

Denn wir mögen das Gebrüll der Anwohner_innen für dumm, für rassistisch oder für undemokratisch halten – eines ist es sicher nicht: ungefährlich.

Wenn die Stimmung kocht bei den deutschen Wutbürger_innen, wenn sie meinen, von »Denen da Oben« übergangen und von Flüchtlingen »überrollt« zu werden, dann schwingt immer die Bedrohung dieses gruseligen »Wir können auch anders!« mit. Dann kokettieren sie plötzlich mit dem mörderischen Teil der eigenen Geschichte, die sonst gerne verbannt wird in die »dunkle Vergangenheit« oder vor die dunklen Leinwände von »ZDF History«.

»Der Bunker Valentin ist groß genug!« wurde auf der Beiratssitzung in Vegesack gerufen. In dem ehemaligen Bremer U-Boot-Bunker mussten im NS tausende Zwangsarbeiter_innen schuften – viele sind dabei umgekommen.

Es muss gar nicht offen mit einem »zweiten Rostock-Lichtenhagen« gedroht werden, wie neulich auf einer Bürgerversammlung in Berlin-Hellersdorf. Die Drohung ist stets mit im Raum, wenn jemand ruft: »Die Grenze ist erreicht!« oder »Wir lassen uns das nicht mehr gefallen!«.

Einige von uns haben die mörderischen 90er Jahre erlebt und wir sind sehr sensibel für die menschenfeindlichen Untertöne, die in diesen Sätzen wohnen. Die Arbeitsteilung ist schließlich erprobt. Die bürgerliche Mehrheit gibt in solchen Versammlungen durch ihre offene Ablehnung von Flüchtlingen grünes Licht. Und die stillen Handlanger, die Nazi-Schläger, die Nazi-Mörder, sie verstehen das Signal sehr genau und sie schreiten zur Tat. Am Ende will es dann natürlich wieder niemand gewesen sein.

Im Oktober gab es innerhalb kürzester Zeit eine ganze Reihe von nächtlichen Brandanschlägen, z.B. auf ein Wohnhaus in Duisburg, in dem viele Roma wohnen. Über 40 Menschen wurden verletzt.

Wir dürfen das nie vergessen. Wir müssen wachsam sein, weil diese Ereignisse zeigen, wie wenig es manchmal braucht, dass aus Sprüchen Taten werden und aus Brandworten Brandsätze.

Wir müssen wachsam sein, weil die Brandworte nie aufgehört haben. Wir müssen gemeinsam alles dafür tun, dass sich Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Hünxe, Mölln, Solingen, Lübeck usw. usw. nie, nie wiederholen!

Das ist das Mindeste – und leider doch nicht selbstverständlich.

Und noch etwas dürfen wir nicht vergessen - wenn es brennt, ist es viel zu spät.

Wenn Rassismus gewalttätig wird, dann hilft meist nur noch entschlossene Gegenwehr.

Aber wir übersehen etwas Grundsätzliches, wenn wir nur nach rechts schauen. Wenn wir denken, wir könnten einige oder auch viele Rechte und Rassist_innen verantwortlich machen. Rassismus ist nicht nur eine Denkweise von Menschen, sondern eine Struktur, eine gesellschaftliche Organisationsform, die hierzulande so normal und alltäglich ist, dass sie meist gar nicht mehr wahrgenommen wird.

Nicht, wenn „Ausländer raus“ geschrien wird, fängt Rassismus an, sondern wenn Menschen überhaupt als Ausländer, als Andere, wahrgenommen und angesprochen werden. Rassismus kann auch in scheinbar harmlosen Befragungen daher kommen:

„Woher kommst Du?“ – „Aus Bremen.“

„Nein, ich meine, ursprünglich?“ - „Ich bin da geboren.“

„Aber Deine Eltern?“ - „Meine Mutter kommt auch aus Bremen.“

„Aber Dein Vater?“ - „Mein Vater ist Italiener.“

„Aha“ - ...

Wie viele Hoffmanns müssen ihre Herkunft bis zu den Eltern oder Großeltern nachweisen? Wie viele Petersens werden in der Straßenbahn angesprochen, dass sie ja wirklich gut Deutsch sprechen? Oder werden von der Polizei kontrolliert, ob sie auch eine Aufenthaltsgenehmigung haben? Dabei geht es natürlich nicht um Nachnamen, sondern darum, Weiß zu sein oder eben nicht.

Im Alltag gibt es dafür unzählige Beispiele. Und unzählige Beispiele gibt es auch für Ungleichbehandlung vor dem Gesetz, Diskriminierung durch das Schulsystem, usw. usw.

Auch das ist institutioneller Rassismus und der ist oft sogar per Gesetz festgelegt. Es ginge für heute zu weit, auf all die Werkzeuge der Ausgrenzung einzugehen, die diese Gesellschaft bereit hält. Stattdessen will ich Noah Sow zitieren, die etwas wichtiges gesagt hat, nämlich:

„Rassismus verletzt unsere ganze Gesellschaft, und bei genauem Hinsehen sind in jedem rassistischen System alle Menschen auf unterschiedliche Art betroffen.

Weiß Menschen verlieren ihre Würde, wenn sie Rassismus ausüben oder geschehen lassen.“

Rassismus geht nicht nur diejenigen von uns etwas an, die ihm tagtäglich ausgesetzt sind. Rassismus betrifft uns alle, indem einige von uns davon profitieren, ohne sich darüber Gedanken zu machen und wir tagtäglich Teil davon sind. Weil wir uns daran gewöhnt haben, wer in diesem Land als normal gilt und wer nicht, wem zugehört wird und wem nicht.

Die Diskriminierung und rassistische Gewalt erfahren, denen wird selten zugehört. Die in diesem Land per Gesetz nur geduldet werden, denen wird selten zugehört.

Aber die Menschen, die aus Lybien über Lampedusa nach Hamburg gekommen sind, haben gekämpft und dafür gesorgt, dass ihnen zugehört wird.

Und ihr, die Familien von Yeliz, Ayse und Bahide, habt gekämpft und dafür gesorgt, dass euch zugehört wird.

Und ihr habt uns gemeinsam mit dem Freundeskreis alle daran erinnert was Solidarität bedeutet. Dieses Wort, das so gerne und inflationär benutzt wird. Solidarität wird unter Flugblätter und auf Transparente gemalt, als würde das Wort allein genügen.

Doch wenn Solidarität nicht nur eine hohle oder gar instrumentalisierende Geste bleiben soll, heißt das eben auch, füreinander da sein. Solidarität hat etwas mit Vertrauen zu tun, sich aufeinander verlassen zu können, sich gegenseitig wahr- und ernst zu nehmen.

Wie das aussehen kann, das macht ihr uns vor. Und dafür, liebe Freunde, möchte ich euch danken.

Wir werden nicht vergessen - asla unutmayacagiz.